

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Gommabend,

2. August 1879.

Extra

Rub an die Operation in
Leipzig zu leiden.

Abonnementgebühr

für die Spaltenzeile 10 Kr.
unter Umgehung 10 Kr.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 31. Juli nachmittags. Se. Maj. der Kaiser Wilhelm machte heute nach dem Bade wie gewöhnlich einen Spaziergang und nahm die regelmäßigen Vorlesungen entgegen. Das Diner nahm Se. Maj. im Böckstein bei Gastein ein.

* Berlin, 31. Juli. Infolge der am 29. Juli an Bord Se. Maj. Schiff Renown stattgehabten Geschäftskatastrophe sind folgende Mannschaften verschwunden: A. Todt: 1) einjährig freiwilliger Matrose Rath Johann Emil Nienmann aus Wittower Posthaus, 2) einjährig freiwilliger Matrose Heinrich Hermann Plett aus Hemberg, 3) Obermatrose Gustav Theodor Lunk aus Ebing. B. Schwer verwundet: 4) Matrose Ernst Müller aus Rostock, 5) Matrose Heinrich Tartsch aus Cuxhaven, 6) Leicht verwundet: 6) Obermatrose Albert Emil Venekl aus Aholken, 7) Obermatrose Hans Antoni Lange aus Stein, 8) Obermatrose Friedrich Peters aus Steegen, 9) Matrose Louis Bill aus Borkum, 10) Matrose Christian Nikolai Jessen aus Flensburg, 11) Matrose August Kellner aus Hamburg, 12) Matrose Wilhelm Martingus aus Altona, 13) Deleff Wenzel aus Christiania, 14) Wilhelm Both aus Wismar, 15) Obermatrose Friedrich Schröder aus Timmendorf, 16) Handwerker Karl Höbel aus Meiningen.

Erfurt, 30. Juli. Wahlergebnisse aus dem Stadtkreise Erfurt: Lucius 1581 Stimmen, Tröger 1388, Windhorst 208, Kapell 1562. Nachrichten aus dem Landkreis Erfurt sowie den Kreisen Schleusingen und Biegenbach fehlen noch. (Böll. 2.)

* Braunschweig, 31. Juli nachmittags. Der Herzog ist heute in bester Gesundheit von Sibyllenort hier eingetroffen.

Bern, 31. Juli. Briedel, Oberingenieur der Zürich-Bern-Luzerner Bahn, ist endgültig zum Oberingenieur der Gotthardbahn ernannt. (König. Arg.)

* Wien, 31. Juli abends. Der politischen Korrespondenz wird aus Belgrad gemeldet, der Österreich habe den Entwurf der österreichisch-serbischen Eisenbahnconvention mit einigen unentschlossenen Modifikationen genehmigt, es werde nunmehr die Ernennung von sechs Delegirten für den definitiven Abschluss der Convention erwartet.

* London, 31. Juli abends. Unterhaus: Schatzkanzler Northcote zeigte dem Hanse an, daß er am nächsten Montag die Bewilligung eines Nachtragssredits von 3 Mill. Pf. St. für den Zukunft beantragen werde. Er hoffe, der Betrag dieses Credits werde auslangen, bis das Parlament zu einer neuen Session zusammenentrete. Der gegenwärtige Budgetüberschuss werde sich durch diese nachträgliche Creditsförderung in ein Deficit im Betrage von 1,168000 Pf. St. umwandeln, indem handle es sich dabei, da die südafrikanischen Colonien einen Theil der Kriegs-

lasten tragen sollten, immer nur um eine temporäre Deckung und hütte er daher um die Erwidrigung noch, Schätzungs im Betrage von 1,200000 Pf. St. aufzugeben zu dürfen.

Der neue deutsche Zolltarif und Österreich.

* Leipzig, 1. Aug. Die Neue Freie Presse widmet dem edigen Thema einen längeren Leitartikel. Zunächst erinnert sie daran, wie wichtig und ausgedehnt die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern bisher gewesen. Von 555 Mill. fl. welche den Wert der Gesamteinfuhr Österreichs im Jahre 1877 darstellen, sind über 245 Mill. fl. aus dem Deutschen Reich gekommen, und von 666 Mill. fl. der Ausfuhr sind 436 Mill. nach dem Deutschen Reich gegangen. Das macht 62 und 65½ Proc. vom Gesamtwerte der Einfuhr und der Ausfuhr.

Hieraus macht die Neue Freie Presse den österreichischen Schutzzöllnern den Vorwurf, daß sie zuerst mit den Anfang gegeben zu den schutzzöllnerischen Strömung in Deutschland, unter der auch Österreich leide. „Als unsere Schutzzöller“, sagt sie, „auf dem Congress zu München den deutschen Protectionismus begründet haben, da ahnten sie in ihrer Kurzsichtigkeit nicht, daß sie einen Brand schüren, der nunmehr uns sehr bedroht. Sie meinten, die wirtschaftliche Offensive Österreichs werde keinen Gegensatz, ihr Kampfgeschrei kein feindliches Echo hervorrufen. Auf «eigene Füße» wollten sie sich stellen, und alle warnenden Zeichen: der steigende Einfluß der deutschen Agrarier, die Vorlage wegen der Kampfzölle, vernahmen nicht, sie in ihrem vollkühnen Vorhaben zu beirren. Durch eine schlaue Politik der Compensationen ist es ihnen gelungen, zur Macht zu gelangen, und ihrem Einflusse verdanken wir es, wenn der Moment, den Vertrag zu erneuern und die Freundschaft mit Deutschland wieder zu begünsten, vielleicht unwiederbringlich verloren gegangen ist. Hätten wir in die vorgedachte Hand eingeschlagen, wären wir nicht in arger Verblendung vorwärts gestromt, so wäre vielleicht der handelspolitische Friede erhalten, Österreich und die Welt vor einem großen Unsturz bewahrt geblieben.“

„Aber“, führt sie fort, „wir beschlossen unsern autonomen Tarif, brachen mit Deutschland und stehen nun da «auf eigenen Füßen», aber rings um uns herum thürmten sich rasch die Barrieren anderer Staaten, werden die Schlagbäume niedergefegt, welche unsern Handel zum Stehen bringen drohen. Wir haben das Prinzip der wirtschaftlichen Solidarität gebrochen und das Beispiel jener Entfestigung der Sonderinteressen gegeben, die nunmehr in allen Staaten auch gegen uns gerichtet ist; wie sind mit die Veranlassung, daß nun nenerding das Heer der Zöllner mobilisiert wird zum wirtschaftlichen Kampfe.“

Die Neue Freie Presse würde diese „Rekriminationen“ in Bezug auf etwas, was nicht ungestohlen für die einzelnen Sectionen haben die Leitung der Geschöfte übernommen: 1) für die pädagogische Section Director Dr. Drönke in Trier, 2) für die orientalische Professor Dr. Gildebecker in Bonn, 3) für die germanistisch-romanistische Professor Dr. Wilmanns in Bonn, 4) für die archäologische Museumsdirektor Dr. Petter in Trier, 5) für die kritisch-exegetische Professor Dr. Meier in Bonn, 6) für die mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasialdirektor Professor Dr. Kettner in Trier.

Vorträge und Thesen, soweit sie nicht schon angemeldet sind, sollte man spätestens 5 Sept. anmelden, und zwar für die allgemeinen Sitzungen bei dem ersten Präsidenten Professor Dr. Böckeler in Bonn, für die Sectionen bei dem obengenannten Herren.

Am Donnerstag, 20. Sept., findet die Generalsversammlung des Deutschen Vereins zur Erforschung Palästinas im Sitzungsraume der orientalischen Section in noch zu bestimmender Stunde statt.

Der Preis der Mitgliedskarte ist, entsprechend den Festtagen der letzten Versammlung, auf 10 M. normirt.

Bei der Ankunft in Trier sollte man sich an die auftreffenden, durch Abzeichen erkennbaren Mitglieder des Empfangscomitee wenden, welche Montag, 22. Sept. nachmittags, und Dienstag, 23. Sept., an allen ankommenden Zugang anstreben. Das Empfangsbureau wird vom 22. Sept. nachmittags bis 27. Sept. vormittags geöffnet sein.

Aus Garmisch vom 28. Juli berichtet man den Neuesten Nachrichten: Gestern wurde der am 28. Juli verunglückte Bergführer Joseph Öller (Kofeppel) begraben. Nicht allein die trauernd Hinterbliebenen und das ganze Dorf, sondern sämtliche hier anwesenden Fremden und Beamten standen am Grabe und gaben dem edlen schönen Manne, der durch sein sicheres und nobles Benehmen jedermann imponieren mußte, das letzte Geleit. Im schönsten Männeralter, im 48. Lebensjahr, wurde er, ein Sohn seines Berufs, als treuer Sohn und Vater seinem Weibe und seinen unmündigen Kindern, von denen

zu machen ist, nicht vorbringen, „wen es nicht den Anschein hätte, als wollte man wieder in den gleichen Fehler verfallen, als ob die jüngste Vergangenheit ohne Lehre unbewußt vorübergegangen wäre“. Denn „aus dem schutzzöllnerischen Lager erhebt sich ein Feindschaft, die nationalen Leidenschaften werden angestachelt, ungestüm werden Repressalien gegen Deutschland gefordert“.

Die Neue Freie Presse führt nun in höchst einfältiger und für jeden Unbefangenen überzeugender Weise aus, daß, wenn Österreich auf die deutscherseits in Aussicht genommenen „Kampfzölle“ seinerseits wieder mit neuen Zollerhöhungen antworten will, daraus ein allgemeiner Zollkrieg und endlich ein System vollständiger gegenseitiger Abschließung hervorgehen müßte — ein System, bei welchem Österreich am meisten leiden dürfte.

Das letztere wird dann weiter so bewiesen: Von den Produkten, welche wir nach Deutschland ausführen, sind nahezu zwei Drittel Rohstoffe und ein Drittel Fabrikate; von denjenigen Gegenständen, welche wir aus Deutschland beziehen, sind fast zwei Drittel Fabrikate und etwas über ein Drittel Rohstoffe. Unser Handel nach Deutschland umfaßt zumeist unwertige, der deutsche Handel nach Österreich zumeist hochwertige Produkte. Die Gegenstände unserer Ausfuhr werden daher von jeder Zollerhöhung weit empfindlicher getroffen als die Gegenstände unserer Einfuhr. Wenn Deutschland seinen Zollzoll um 50 Pf. erhöht, so schädigt dies unsern Weißerport weit mehr, als eine Zollerhöhung um 50 Pf. die deutsche Seiden einfuhr nach Österreich zu beträchtlichen vermag. Gewiß sind wir im Stande, unser Abhängigkeit den deutschen Fabrikaten zu verschließen, aber noch weit rascher und leichter vermag Deutschland durch differential Behandlung unserer Rohstoffe zu verdrängen, und die Opfer, welche es dabei bringt, sind verhältnismäßig geringer, weil der Reichsrate den Verlust besser zu tragen vermögt als der Arme.

Unter allen Umständen würde also, führt die Neue Freie Presse fort, „die Politik der Repressalien zum Verderben des Reiches, zur Gefährdung seines Wohlstandes führen. Was immer im Deutschen Reich geschehen ist, wie tief wir auch die Wunden empfinden, welche man uns geschlagen hat, wir sehen keinen andern Ausweg aus, als unsern Wochhal als den einer friedlichen Versöhnung. Ein Fehler wird nicht besser dadurch, daß man ihn steigert; die größte Sünde, welche wir begangen haben, bestand darin, daß wir das Vertragssystem fallen ließen und eine mögliche Convention nicht abschlossen, weil die von uns gewünschte unmöglich war. Wir müssen danach streben, mit Deutschland einen Zollvertrag zu vereinbaren. Viele der deutschen Zölle mögen nur mit Hinblick auf Vertragsschlüsse höher eingestellt worden sein, ebenso wie unser Zolltarif noch immer Positionen enthält, welche ausdrücklich als Kampfzölle bezeichnet wurden.“

Es ist sehr erfreulich, daß ein so hochangesehenes und einflussreiches Blatt wie die Neue Freie Presse seinen Landsleuten und seiner Regierung eine so verständige Handelspolitik Deutschland gegenüber anempfiehlt. Wir sind überzeugt, die deutsche Regierung,

Die 34. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner.

Die 34. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner findet von Mittwoch, 24., bis Samstag, 27. Sept., zu Trier statt. Das vorläufig hierfür festgestellte Programm lautet:

Montag, 22. Sept. nachmittags, und Dienstag, 23. Sept. Ausgabe der Mitgliedskarten, Drucksachen &c. im Empfangsbureau (Marktbaul am Kornmarktplatz).

Dienstag, 23. Sept., abends 7 Uhr, gegenseitige Vergrüßung und gesellige Vereinigung in dem Garten und den oben Räumen der Casino-Gesellschaft.

Mittwoch, 24. Sept., morgens 9 Uhr, erste allgemeine Versammlung, erster öffentlicher Vortrag; 11½ Uhr Constituierung der Sectionen. Mittwoch 2 Uhr Festessen. Abends 7 Uhr Harmonie.

Donnerstag, 25. Sept., morgens 8 Uhr, Sections-Sitzungen; 10½ Uhr zweite allgemeine Sitzung. Nachmittags 2 Uhr Besichtigung der Alterthümer, des Museums, der Bibliothek und der Lehrmittelabteilung; 5 Uhr Festkonzert auf dem Schneidershof. Abends 8 Uhr Belichtung des Porta nigra und der östlichen Pforte.

Freitag, 26. Sept., morgens 8 Uhr, Sections-Sitzungen; 10½ Uhr dritte allgemeine Sitzung. Nachmittags Festkonzert nach Koenig (per Bahn), oder nach Igel (per Schiff), der ziehungswise weitere Besichtigung von Trier. Abends 7½ Uhr Ball (Promenadenplatz).

Sonnabend, 27. Sept., morgens 8 Uhr, Sections-Sitzungen; 10 Uhr Schluss-Sitzung. Nachmittags 2 Uhr Festfahrt nach der Marienburg.

Die allgemeinen Sitzungen finden im großen Kaufhaus (Kornmarktplatz), die Sections-Sitzungen in Räumlichkeiten des Gymnasiums, der Realschule und der höheren Töchterschule statt; das Nähere hierüber wird seinerzeit durch die Tagesblätter bekannt gemacht werden. Nothwendige Renditionen im Programm werden vorbehalten.

das jüngste laum den Namen Vater lassen kann, entlassen. Am 21. Juli (Montag) ging Kofeppel mit zwei Herren auf die Knorrhütte und fand dort eine größere Gesellschaft unter der Führung seines Bruders Hannes und des Bergführers Deuk. Das Wetter, das schon beim Abmarsch in Gasmich sehr zweifelhaft war, heiterte sich nicht auf, und man beschloß, den Dienstag noch auf der Hütte zu verbringen. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wehte Seppel die Gesellschaft, damit man sich zu Aufstieg auf die Spitz rüsten sollte. Um 2 Uhr brach man auf und erreichte ohne jeglichen Unfall die Spitz. Da stellte sich plötzlich ein sehr heftiger Schneesturm ein, der die Gesellschaft zwang, den Rückzug anzurereten. Ein Fräulein, das sich mit Recht als gute Bergsteigerin rühmen konnte, hatte das Unglück, unwohl zu werden, und wurde am Abstieg von Kofeppel ausgesetzt. Um seinem Bruder beizustehen, verlangte Seppel, er solle ihm auf einige Zeit die Führung der jungen Dame überlassen, und in demselben Moment, als Seppel sich derselben annehmen wollte, glitt dieselbe auf dem frisch gefallenen Schnee aus und riß Kofeppel mit in die Tiefe. Wolfsbach Hannes das Unglück, durfte aber, um der andern Gesellschaft die Sicherheit nicht zu rauben, nichts von dem Unglück sagen, ehe die gefährliche Passage überwunden war. Während dieser Zeit stürzte Seppel in die Tiefe; wol hatte er einmal einen sicheren Boden erreicht, als der nachfallende Körper der Dame ihn wieder der leichten Rettung beraubte, und Kofeppel nochmals in die Tiefe stürzte. Das mutige Fräulein, das bereits ohne schwere Verleihung auf sichem Boden stand, stellte nun zu Kofeppel, um ihn nicht allein zu lassen. Kofeppel sah bereits die schwere Folge der Situation und tröstete das Fräulein, die, als der Bruder kam, um Hilfe zu schaffen, nicht von ihrem armen verunglückten Führer weichen wollte und erst nach langer Überredung der andern Gesellschaft und mit Gewalt nach der Knorrhütte gebracht werden konnte. So blieb nun Kofeppel drei Stunden ausgewartet bei seinem Bruder, um ihm die Augen zuzudrücken. Um 9 Uhr früh passierte das Unglück, um 12 Uhr war Kofeppel eine Leiche. Welche qualvollen drei Stunden für den aufopfernden

und der Deutsche Reichstag werden gern die Hand zu einer solchen „friedlichen Verständigung“ bieten, soweit sie mit den deutschen Interessen verträglich ist. Der Begriff der „Kampfschläge“ als bloßer Mittel zur Erlangung günstiger Handelsverträge wird hoffentlich nicht ein leerer Name bleiben, sondern eine Wahrheit werden.

Herr von Bennigsen.

— Leipzig, 1. Aug. Das Gericht von Bennigsen's angeblich beabsichtigtem Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben, so plötzlich und unerwartet es aufgetaucht war, ebenso rasch ist es wieder verschwunden oder doch wesentlich abgeschwächt worden. Nach der National-Liberalen Correspondenz handelt es sich höchstens um einen Nichtwiedereintritt Bennigsen's in den preußischen Landtag, und auch das nur für die nächste Zeit. An eine Mandatsniederlegung im Reichstage, wird gesagt, denkt er nicht, und selbst nach jener Seite hin wolle er sich nur jetzt zurückziehen, um sich für bessere Zeiten „zu sparen“.

Von Hrn. v. Bennigsen selbst ist eine Erklärung des Ausschusses erregenden Schrittes, den man ihm bestimmt nicht erfolgt; auch das darf wohl als ein Zeichen angesehen werden, daß der betreffende Schritt überhaupt entweder gar nicht, oder doch nicht in der Weise, wie er angekündigt ward, erfolgen wird. Andernfalls hätte Hrn. v. Bennigsen unmöglich mit einer solchen Erklärung zurückhalten, ja er hätte nicht einmal so lange zögern dürfen.

War es etwa nur ein „Führer“, den die Freunde Bennigsen's herausgestellt haben, um zu sondiren, was die öffentliche Meinung zu einem solchen Schritte sagen würde, und danach ihre und ihres Führers fertere Stellung zu bemessen? Sollte dadurch vielleicht ein Drud gelöst werden auf gewisse andere Elemente in der national-liberalen Fraktion, welche schon früher und wahrscheinlich neuerdings in noch höherem Maße Hrn. v. Bennigsen seine parlamentarische Wirksamkeit nicht nur erschwert und verleidet, sondern auch verklammert und um die von ihr zu verhoffenden Erfolge gebracht haben?

Wie dem sei — der gegenwärtige Augenblick, wo der Rücktritt Bennigsen's aus dem öffentlichen Leben wieder sozusagen eine offene Frage geworden ist, scheint uns geeignet, über einen solchen Schritt lediglich als eine gedachte „Eventualität“ (ein „Problema“, würde der Patriarch im „Nathan“ sagen) uns freimüthig auszusprechen. Da der Schritt nicht wirklich geschehen ist, so bedarf es auch keiner Rechtfertigung desselben durch Hrn. v. Bennigsen selbst, und so brauchen wir auch auf keine Erklärung von diesem zu warten.

Sprechen wir es denn als unsere Ueberzeugung offen aus: ein Rücktritt von der parlamentarischen Tätigkeit in diesem Augenblicke (ohne ganz zwingende persönliche Gründe) würde uns bei jedem nur irgend namhaften Mitgliede der national-liberalen Partei, vollends bei einem Führer, am allermeisten aber gerade bei Hrn. v. Bennigsen als ein schwerer politischer Fehler erscheinen. Jene Politik des „Schauspappens“ mag gut sein für schlaue und ehrgeizige Streber; Hrn. v. Bennigsen messen wir mit einem höheren Maßstabe, und wir sind überzeugt, daß auch er selbst sich mit einem solchen nicht. Mag, was Hrn. v. Bennigsen in den kritischen Zeiten der letzten zwei Jahre in der Partei oder namens der Partei gethan

hat, richtig oder unrichtig gewesen sein — in jenem ersten Falle muß er dafür einstecken, daß seine richtige Politik in der Partei, wenn irgend sie darin verdunkelt oder verdeckt worden ist, wieder voll zur Geltung kommt; in diesem letztern müßte er einen etwaigen Drethum oder Fehler quitt zu machen suchen. Aber auf keinen Fall darf er, und gerade er, das Schiff, das er bisher gesteuert, in dem Moment verlassen, wo es eines sichern, sonnenen und kräftigen Steuermannes mehr denn je bringend bedarf.

Und das gilt für den preußischen Landtag so gut wie für den Reichstag. Das Schicksal der national-liberalen Partei, ihre künftige Stellung, ihr Einfluß, ja vielleicht ihre Fortsetzung als solche mag sich leicht schon auf dem bevorstehenden preußischen Landtag entscheiden; aber es kann da wenigstens mancherlei geschehen, was die politische Action der großen deutschen national-liberalen Fraktion im Reichstage entweder fördert oder hemmt. Darum darf auch schon im Landstage der rechte Führer nicht fehlen.

Ob Hrn. v. Bennigsen wieder Präsident des Abgeordnetenhauses wird oder nicht, scheint uns dagegen eine untergeordnete Frage; ja am Ende möchte es besser sein, wenn Hrn. v. Bennigsen in der freien Stellung eines Parteiführers verbliebe, um jederzeit mit Rath und That als solcher unbehindert zur Hand sein zu können.

Doch, wenn Hrn. v. Bennigsen ausharrt in seiner parlamentarischen Stellung im Reichstage wie im Landstage — was, wie gesagt, wir durchaus für nothwendig halten und aufrichtig wünschen — er für seine weitere Wirksamkeit hier wie dort eine entschiedene und nicht anzuzweifelnde Stellung in seiner Eigenschaft als Parteiführer einzunehmen und nötigenfalls — gegen etwaige dieselbe strengen wollende Einstände — sich erkämpfen muß, seien wir als selbstverständlich voraus. Ob innerhalb der jetzigen Fraktion, ob, wenn es sein muß, als Urheber und Führer einer neu zu bildenden Fraktion, das hängt von Umständen ab, die wir aus der Ferne nicht genau genug zu übersehen vermögen, um darüber ein sicheres Urtheil zu fällen.

So viel aber steht für uns fest: Bennigsen muß seiner ganzen Vergangenheit nach aussehen, er muß aber auch einen ganz entscheidenden Schritt — so oder so — thun, um Einheitlichkeit und Consequenz in die Fraktion zurückzuführen, um der „Zweckeltheorie“ oder dem „Dualismus“ ein Ende zu machen, bei welchem so wenig eine politische Partei wie ein Volk bestehen und gedeihen kann.

Der gegenwärtige Bestand und die Gliederung der deutschen Flottenstreitkräfte.

Die Admiralsität veröffentlicht folgende Mittheilung:

Die Veränderungen, welche der im Jahre 1873 aufgestellte Flottengründungsplan in Bezug auf den Bau und die Herstellung der in demselben projectirten Schiffarten bis jetzt erfahren, beziehen sich, wie bekannt, auf 1) die Erbauung von 13 Panzerkanonenbooten an Stelle der 1873 in Aussicht genommenen 5 Monitors; 2) den Fortfall von 2 schwimmenden gepanzerten Batterien; 3) die Erzeugung von 20 Torpedofahrzeugen durch den Kriegsschiffen mitzugebende Torpedoboote.

Begründet war die Erbauung von Panzerkanonen-

booten (an Stelle der Monitors) dadurch, daß das heutige Torpedowesen zur Küstenverteidigung an Stelle der schweren Panzerfahrzeuge kleinere mit einem schweren Geschütz bewaffnete stark gepanzerte Fahrzeuge von großer Beweglichkeit erfordert, welche befähigt sind, im Verein mit Torpedos Küstenstreifen und Flankierungen wirksam zu verteidigen, kleine Expeditionen in der Nähe der heimatlichen Hafensäume und Gewässer auszuführen und bei überlegenen feindlichen Angriffen auf niedrige Wasserspiele zurückzugehen, wohin feindliche Schiffe mit größerem Tiefgang nicht mehr folgen können.

Der Fortfall der schwimmenden Batterien motiviert sich durch die über die Wirksamkeit der Angriffs-torpedos gewonnenen neuen Erfahrungen, und der Verzicht auf die Torpedofahrzeuge entsprang der Erwägung, daß es militärisch und ökonomisch richtiger sei wird, die Verwendung der Fischtorpedos direkt auf die vorhandenen Kriegsschiffstypen zu übertragen, bezüglich eigene Torpedoboote für dieselben herzustellen.

Im Hinblick auf diese Veränderungen wird das schwimmende Flottenmaterial demnach nach Durchführung des Flottengründungsplanes, welche bis zum 31. März 1883 bewirkt sein soll, aus 8 Panzerfregatten, 6 Panzerkorvetten, 1 Monitor, 13 Panzerkanonenbooten, 20 Corvetten, 6 Aviso, 9 großen Kanonenbooten, 9 kleinen Kanonenbooten, 2 Artillerieschiffen, 3 Segelbriggs und einer noch näher zu bestimmenden Zahl von Torpedoboote bestehen. Der augenblicklich im aktiven Dienst befindliche, resp. für denselben disponibile Theil der Flotte besteht in 7 Panzerfregatten, 2 Panzerkorvetten (Hansa-Sachsen), 1 Monitor, 5 Panzerkanonenbooten, 18 Corvetten, 9 Kanonenbooten, 2 Torpedoboote, 5 Aviso, 1 Segelfregatte, 3 Segelbriggs, 2 Transportfahrzeugen.

Diese Fahrzeuge sind theils auf die heimischen, theils auf die auswärtigen Marineschiffe verteilt. Von den heimischen Stationen umfaßt diejenige der Ostsee das baltische Meerestheil bis zum Parallelkreis vom Cap Stagen. Zur Marinestation der Nordsee gehört die Nordsee inclusive Skagerrak mit dem Meridian von Dover und dem Parallelkreise von Lindesnäs als maritime Grenzen.

Den an der Spitze der beiden heimischen Marinestationen stehenden Grossoffizieren, welche die Besitznisse von Divisionscommandeuren in der Armee haben, fällt die Leitung aller auf die Marine bezüglichen Commando- und Verwaltungsgeschäften, mit Auschluß der rein technischen Dienstzweige, zu. Ihnen ist die Sicherheit der Kriegshäfen und Werften sowie die Marinepolizei über die Nieder- und Küsten und die maritime Küstenverteidigung anvertraut. Der Stationschef führt ferner den Befehl über alle von der Station aus in Dienst gestellte Fahrzeuge, solange sie in seinem Stationsbereiche sind, und überwacht die zweck- und vorschriftsmäßige Aus- und Ablösung und die Verproviantirung der Schiffe. Zu seinen Dienstpflichten gehört auch die Vertheilung des der Station überwiesenen Etages nach den verschiedenen Corps sowie die Überweisung der den aktiven Seedienst verlassenden Mannschaften an die betreffenden Controlbehörden. Dem Stationschef steht zu seinen Excursionen ein kleiner Dampfer (Tender) zur Verfügung, um ihn dort hinzutragen, wo seine Anwesenheit erforderlich ist.

Zur Marinestation der Ostsee gehören außer den Matrosen- und Werftdivisionen und dem größten Theil

Bruder! Mit unsaglicher Mühe wurde nun die Leiche nach Germinal gebracht und von alt und jung beweint. Wer Koszai kannte, mußte sich über seinen schönen Charakter, über seine Ehrlichkeit und Offenheit freuen.“

— Man hat die Absicht, den 15. Oct. d. J. als den 50. Geburtstag der Eisenbahnen festlich zu begehen. Am 15. Oct. 1829 war es, als die Locomotive Stephenson's ihre ersten Schritte auf dem Schienennetz in England machte. Im Jahre 1830 wurde die erste Eisenbahnlinie, diejenige von Liverpool nach Manchester, eröffnet und 1878 befahrt Europa bereits ein Eisenbahnnetz von 184523 Kilometer. Es wird vielleicht etwas Statistisches über die Verteilung der Eisenbahnlinien auf die verschiedenen Länder nicht uninteressant sein. Den ersten Platz in Europa nimmt in dieser Beziehung Deutschland ein, welches ein Netz von 30464 Kilometer besitzt. Nach ihm kommt England mit 27540, Frankreich mit 28883, Russland mit 21687, Österreich-Ungarn mit 17997, Italien mit 8213 Kilometer sc. Das Netz der Vereinigten Staaten von Nordamerika umfaßt allein fast fünf Schritte des ganzen europäischen Eisenbahnnetzes und hat eine Ausdehnung von 127470 Kilometer; die andern Staaten von Amerika haben zusammen nur 19000 Kilometer Schienennetze, Asien 14000, Australien 4000 und Afrika 2900 Kilometer. Die Kapitalien, welche zur Erbauung sämtlicher Eisenbahnen verwendet worden sind, stellen einen Gesamtwert von ungefähr 75 Milliarden Frs. dar.

— Aus Berlin berichtet die „Post“: „Einem unserer reichsten Kaufleute, Namens J., der auch durch seine Wohlthätigkeit rühmlich bekannt ist, passierte, wie wir erst heute erfahren, vergangenen 1. Juli folgendes ergötzliche Abenteuer. In vielen hiesigen Geschäften ist es Sitte, am ersten jeden Monats an Arme Almosen auszuhelfen zu lassen. Richtig werden solche Händler am 1. Juli stets von vielen Bedürftigen aufgesucht. Der erwähnte Kaufmann, der sich sehr einfach und nichts weniger als elegant kleidet, ging am 1. Juli in ein Geschäft der Brüderstraße, um dort Tapeten einzukaufen. Der vor der Thür stehende Hausbauer über-

reichte dem Ankommenden, den er für einen Bettler hielt, einige neue Kupferspennige. Vermundert blickte der also Bediente in seine Hand, schlitzte den Kopf und blieb wie fragend stehen. „Mehr gibt es nicht“, herrschte ihn der Hausbauer an, „Ja, aber ich will Ihnen Herrn sprechen,“ entgegnete der Kaufmann. Doch der Hausbauer erklärte noch einmal: „Mehr gibt es nicht.“ Als der Kaufmann noch immer nicht ging, sah ihn der Diener am Kragen, um ihn an die Luft zu ziehen. Man sah sich seine Verblüffung denken, als sich das Miederbandnis aufzulöste.“

— Aus Salzburg wird mitgetheilt, daß die Wirths der dortigen Umgegend die günstige Gelegenheit nicht unbenußt vorübergehen lassen und — Gäste, insbesondere die zahlreichen Ausländer, nicht auf das schonendste behandeln. Ein Wiener, der dieser Tage in einer Restauration nächst Salzburg einkehrte, wurde, als ihm der Betrag seiner Reise etwas bedenklich erschien, von der Kellnerin gefragt: „San' S' a Preuß?“ „Rein“, antwortete er. „San' S' vielleicht a Bäuer?“ worauf er erwiderte: „Ich bin auch kein Bäuer, sondern ich bin aus Wien und für einige Wochen in Salzburg.“ „Na, wann das so ist, nächst kriegs noch a paar Beherlt'r sind, denn nur die Ausländer müssen mehr zahlen.“ Erstaunt über diesen sonderbaren Dualismus in der Behandlung der Gäste, gab der Wiener das Zurückstatte der Kellnerin für ihre Unrichtigkeit als Trinkgeld.

— Nach einem in den „Engineering“ übergegangenen Bericht des Michigan State Board of Health enthalten die Zinnüberzüge der so vielfach in Anwendung stehenden Eisenblechgefäße nicht selten so erhebliche Bleimengen, daß meistens beobachtete Extraktions an Paralyse agitans unzwecklos auf eine durch den Gebrauch dieser Gefäße herbeigeführte Vergiftung zurückzuführen sind. In einer Reihe von Fällen ist durch Milch, welche in derartigen Gefäßen aufbewahrt wurde und infolge ihres Säuregehaltes stark bleibhaft geworden war, bei Kindern der Tod durch Meningitis, Ohnmacht und paralytische Anfälle herbeigeführt worden. Insbesondere sind es Kupfersäure, Citronen- und andere Fruchtsäuren, welche energisch lösend auf die Blei- legierung einwirken.

— Der Technisch-Gewerblichen Correspondenz entnehmen wir folgende Mittheilung: „Die Untersuchung, ob ein verzinktes Gefäß Blei enthält, ist eine so einfache und leichte, daß sie jedermann in Anwendung bringen kann. Dr. Kebbie empfiehlt zu diesem Zwecke einen Tropfen starke Salpetersäure mittels eines Glashäubchens oder Hölzchens auf die verzinkte Oberfläche fallen zu lassen und die Säure zu vereinen, sobald sie einen Flecken von der Größe eines Pfennigstückes bildet. Dieser wird dann bei gelinder Wärme getrocknet und auf denselben eine Auflösung von Jodatli gebracht, wozu zwei Tropfen genügen. Wenn Blei zugegen ist, so entsteht sofort ein hellgelber Fleck von Jodblei. Das Resultat dieser einfachen Prüfung ist unschätzbar.“

— Aus dem Staat Illinois wird über eine neue Art künstlichen Holzes berichtet, welches aus Stroh hergestellt wird und sich durch Härte und Dicke besonders auszeichnet soll. In seiner Structur gleicht das Strohholz dem härtesten Walnuss- oder Mahagoniholz und läßt sich ebenso vorzüglich poliren. Beim Durchsägen soll es sich von natürlichem Holze nicht im geringsten unterscheiden lassen. Das Stroh wird erst in Lagen verarbeitet, und dann werden so viele solcher Lagen, als zu der gewünschten Stärke nötig sind, mit einer chemischen Lösung getränkt und unter starkem Druck zusammengepreßt. Die Lösung erweitert zuerst die Fasern und macht das Strohholz in der Folge wasserfest und nur sehr schwer verbrennlich.

— Die orosser Schäferknechte Körösi und Benjík waren Todfeinde. Vor einigen Tagen beschloß Körösi, seinen Gegner zu tödten. Bei Nacht suchte er ihn unter den um die Herde lagernden Schäfern, blieb bei einem derselben stehen und stieß ihm ein Messer in den Hals. Da Körösi glaubte, daß der Schäfer noch lebe, ergriff er eine Art und zerstachte mit derselben den Kopf seines Opfers. Dann legte er sich hin, um zu schlafen. Sein Erwachen war ein schreckliches. Er hatte nicht seinen gehabten Gegner, sondern einen guten Kameraden umgebracht. Der Mörder wurde eingezogen und gestand alles.

des Seebataillons die Schiffssungen in Friedrichsort, die Werften zu Kiel und Danzig, das Torpedodepot zu Friedrichsort und einige Vocal- und Bauverwaltungen. Im gleicher Weise wie die Ostsee ist die Station der Nordsee organisiert; derselben tritt noch das circa 35 Mann starke Bootencorps, zum Einführen von Schiffen in die Fahrt hinzu. Das wissenschaftliche Observatorium zu Wilhelmshaven steht nicht unter dieser Station, sondern ist eine Dependenz des Hydrographischen Bureau der Admiralität, mit der Bestimmung, den wissenschaftlichen Forschungen der Navigation zu dienen. Um den Interessen Deutschlands in fernen Ländern und fremden Meeren wirtschaftlichen Schutz zu leisten und die Würde und das Ansehen des Reiches entsprechend zu vertreten, sind auf einigen Punkten, an denen der deutsche Handel und die deutsche Schiffahrt ganz besonders rege und einträgliche Beziehungen unterhalten, dauernd ein oder mehrere Kriegsfahrzeuge stationirt. Die Commandanten derselben sind mit besondern Segelordnungen versehen, welche die politisch-militärischen Aufträge und Institutionen enthalten, die sich an den Außenhafen auf diesen auswärtigen Stationen knüpfen. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine locale Abgrenzung des Gebietes der auswärtigen Stationen nicht stattfinden kann und daß den Befehlshabern für ihre Schiffsbewegungen ein gewisser Spielraum, je nach den augenblicklichen politischen, militärischen, kommerziellen Verhältnissen, gelassen werden müsse.

In dauernder Weise sind deutsche Flottenstreitkräfte in den Gewässern Ostasiens, im südlichen Stille Ocean und im Mittelmeere stationirt. In den östasiatischen Gewässern sind zum Schutz des deutschen Kaufahrtverkehrs stets zwei größere Schiffe (Corvetten) und zwei bis drei Kanonenboote in der Südsee, angesichts des geheimlichen Aufschwunges, den die Interessen Deutschlands dort nehmen, und nachdem dort ein Botschaftskonsulat errichtet, im Atlantischen Ozeane ebenfalls zwei und im Mittelmeere zwei bis drei Kriegsfahrzeuge (Kanonenboote resp. Aviso) vertheilt.

Alle auf den auswärtigen Stationen befindlichen oder nach denselben gehenden Kriegsschiffe stehen direct unter der kaiserlichen Admiralität zu Berlin, von welcher auch, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt, die Segelordnungen erlassen werden.

Deutsches Reich.

Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „Wie wir erfahren, sprang das Geschütz des Renown, ein Krupp'sches 24-Centimetergeschütz, bei einer Schießübung, nachdem bereits mehrere hunderte Schuß aus demselben abgefeuert waren; das Rohr sprang mitten hindurch und so, daß der eine Theil desselben nach vorne, der andere nach rückwärts flog. Der Unfall hat, abgesehen von den Opfern, die er gefordert hat, noch eine besondere Tragweite, da Anfang August gerade die großen Schießübungen in Meppe mit andern großen Geschützen beginnen sollen, zu denen englische Marineoffiziere entsendet worden sind zur Prüfung und Erwähnung der Frage, ob nicht die Krupp'schen Hinterläder den auf englischen Kriegsschiffen eingeschafften Vorderlädern vorzuziehen sein dürften. Der Unglücksfall erinnert übrigens an den auf dem englischen Thurmsschiffe Thunderer, an dessen Bord im vorigen Jahre, als das Schiff in der Beskabai lag, eins jener englischen Riesengeschütze, ein Vorderläder, sprang, mehrere Personen tödete und verwundete und das Fahrzeug selbst schwer schwächte, sodass es sich noch jetzt auf der Schiffswerft zu Malta in Reparatur befindet. Wenn wir nicht irren, ist der Fall auf dem Renown der zweite dieser Art.“

Die Wilhelmshavener Zeitung meldet noch Folgendes: „Die Mannschaft des Renown hielt am Dienstag von 1½ Uhr an auf der Rude bei Schelling Schießübungen ab, und es ereignete sich hierbei, daß ein 24-Centimetergeschütz anfangs versagte, plötzlich aber unter furchtbarem Getöse voneinander platzte und nach allen Seiten hin unter der Bedienungsmannschaft entsetzliches Unglück anrichtete. Der Vordertheil des Rohres flog zur Geschützspitze hinans, während der hintere Theil entgegenfeste seinen Lauf durch das Schiff nahm und dieses beschädigte, jedoch nicht so, daß es außer Dienst gestellt werden müsste. Sofort nach der Katastrophe trat der Renown seine Rückreise an, ging ungesägt um 4 Uhr auf hiesiger Rude vor Anker, wohin der Dampfer Swine beordert war, um die Verunglückten abzuholen.“

Der Weser-Zeitung berichtet man aus Wilhelmshaven vom 31. Juli: „Einer der auf dem Renown schwer verwundeten Obermaaten schwelt noch in Lebensgefahr und es ist wenig Aussicht, ihn am Leben zu erhalten. Von den sofort Geöffneten war einer buchstäblich zerrissen, sobald die Stunde zusammengetragen werden mußten.“

× Berlin, 31. Juli. Verschiedene Freihandelsblätter sind beeifert, angebliche nachtheilige Wirkungen der beschlossenen Zoll erhöhungen schon jetzt, wo

leichter noch gar nicht eingetreten sind, aufzuzeigen und wol gar übertriebend darzustellen. Aber in dieser Hinsicht sollte man nur streng gewissenhaft und sorgfältig zu Werke gehen, sollte sich namentlich hüten, Erhebungen, die in keinem wirklichen Zusammenhang mit den Zoll erhöhungen stehen, als Folge dieser Erhöhungen darzustellen. Wenn der Zwischenhandel im voraus auf die mit Zollauflagen belegten Artikel höhere Preisforderungen gründet, so wäre es, statt hierin schädliche Folgen der Zoll erhöhungen zu sehen, wol besser am Platze, zu prüfen, wie solchen unberechtigten Forderungen entgegentreten sei. Denn sobald der Zwischenhandel auf mäßige Zoll erhöhungen unmäßige Forderungen gründen kann, so deutet dies darauf hin, daß er die Preise überhaupt in den Händen hat oder mindestens mächtig genug ist, um jeden Vorwand zu einer ungemeinen Steigerung derselben zu benutzen. Wäre dem so, dann müßte ungesäumt einem solchen Misverhältnis entgegentreten werden. Jedenfalls wird man dieser Frage die gespanntesten Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

N.L.C. Berlin, 31. Juli. Die Agrarier rüsten sich, wie es scheint unabhängig von den Conservativen, zum Eintritt in die Wahlbewegung. Bereits wird im Bureau der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ ein Flugblatt angekündigt, das vom 20. Aug. an zur Vertheilung kommen soll. Man sollte denken, die Agrarier könnten mit den Erfolgen der jüngsten Reichstagssession sich begnügen. Aber freilich der Reichskanzler hat ja jüngst noch so weitgehende „Reformen“ zu Gunsten der Landwirtschaft in Aussicht gestellt, daß es nicht wundernehmen kann, wenn die agrarische Bewegung immer weitere Dimensionen annimmt, immer stärkere Ziele anstrebt und nicht wohl noch Grenze mehr kennt. Man darf auf das versprochene Flugblatt wohl gespannt sein, das uns die weiteren Ziele enthüllen wird, welche die neuere Wirtschaftspolitik auf der Basis der Getreidegölle anstrebt. In diesen Vorbereitungen aber liegt für alle wirtschaftlich und politisch Liberalen die eindringliche Warnung, zeitig der Bearbeitung der Landbevölkerung für agrarisch-conservative Interessen entgegentreten.

— Der Berliner * Correspondent der Kölnischen Zeitung erwähnt sich dagegen, als habe er es auf eine „Spaltung der national-liberalen Partei bei seiner Kritik des Verhaltens derselben in der jüngsten Vergangenheit abgesehen“. Nein, er wünsche „eine Festigung und ein neues Aneinanderliegen derselben“. „Nur“, steht er hinzu, „sei der linke Flügel in solcher nur innerhalb der Partei und ordne etwas von seiner Starrheit dem rechten Flügel unter, diesem getrost die Führerschaft überlassend.“

Wie der Elberfelder Zeitung aus Karlsruhe mitgetheilt wird, will der Reichstagabgeordnete Dr. Böttcher, bisher Redakteur der Berliner National-Liberalen Correspondenz, nach Süddeutschland übersiedeln und sich in Freiburg i. B. an der dortigen Universität als Privatdozent niederlassen.

Der Allgemeine Deutsche Handwerkertag wird in diesem Jahre am 7., 8. und 9. Aug. zu Bremen stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1) Jahresbericht des Centralcomitee, Rechnungslegung und Wahl einer Commission zur Abnahme der leichten, resp. Dechargeertheit und Berathung der Statsvorlage durch die Commissionen; 2) Wahl des Vororts und zweier Mitglieder des Centralcomitee (a. Wahl des nächstjährigen Verammlungsortes, b. Besprechung über abzuhalrende Provinzialdelegenten); 3) Berichte der Deputation über die Goldene Hochzeitfeier unseres Kaiserpaars und über die aus diesem Anlaß überreichte Adresse; 4) Bericht über das Vereinsorgan, die Allgemeine Gewerbezeitung, und die zu ergreifenden Maßnahmen; 5) Veränderung des Titels des Verbandes wie der zugehörigen Ortsvereine; 6) Bericht und Beschlusssitzung über den Erlass des Herrn Ministers für Gewerbe ic. vom 4. Jan. d. J. betreffend die Wiederbelebung der Innungen; 7) Erneuerung der Beschlüsse zu Tit. 7, Beschlusssitzung über herbeizuführende Veränderungen bei Tit. 6 der Gewerbeordnung und Einführung eines besonderen Abschnittes über Regelung des Gewerbelemmers; 8) Berichtsstättung, eventuell Beschlusssitzung über Anträge betreffend Waarenlager und Waarenauctionen, Gewinnarbeit und Beschränkung des Buchers; 9) Besprechung über die Möglichkeit von Invaliden- und Altersversorgungsfällen für Meister und Gesellen; 10) Antrag Bremen betreffend die Verstärkung gegen die Folgen der gesetzlichen Haftpflicht; 11) Anträge Königsberg i. Pr.: a) die Beseitigung der Beschädigung der Strafgerichtsgerichte mit Handwerksartikeln; b) Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher für Gesellen und Gehilfen bis zu ihrer Selbstständigkeit; c) nur den Innungen und Innungsgenossen soll fortan das Recht zustehen, Lehrlinge auszubilden und prüfen, wie auch die Gesellen zu überwachen; 12) Anträge Bielefeld betreffend a) Normalstatut; b) Abänderung der Gewerbeordnung; c) Handwerkerzimmern; d) Handwerksgerichte; e) Bildung von Kammern für Handwerkschäden bei den Landgerichten; f) Wegfall des „Fabrikanten“ in dem Titel des Centralvereins; 13) Anträge Magdeburg: a) Der Delegenttag soll beschließen, dem Reichstag eine Petition zu unterbreiten, die Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß nur derjenige, welcher ein Handwerk nachweislich erlernt hat, berechtigt ist, Gesellen zu halten und Lehrlinge dasselbe Handwerk lehren zu können; b) gesetzlich die Sonntagsarbeit für Handwerkmeister, Gesellen und Lehrlinge zu verbieten unter Abänderung der betreffenden Paragraphen der Gesetzgebung.

Thüringische Staaten. J Eisenach, 30. Juli. Der Delegenttag der Deutschen Aerztevereine hält am 12. und 13. Sept. hier im Saale der Clemensgesellschaft seine Berathungen. — Heute wird die Strecke Dorndorf-Bach a. der Feldbahn baupolizei-lich abgenommen, und wird nun übermorgen (1. Aug.) auch der regelmäßige Betrieb auf derselben beginnen. Der Großherzog, der wiederum das Oberland besucht, hat auch diesmal einen Extrazug der Feldbahn benutzt, mit deren Bau er sehr zufrieden ist. In Anerkennung dessen hat er den Bau- und Betriebsdirector Hoffmann aus Celle (Hannover) zum Baumeister ernannt. — Auf dem Hohen Kiesel, einem herrlich gelegenen Punkt am Rennweg zwischen Wilhelmsthal und Altenstein, wurde vorgestern der dort stationierte Forstwart erschossen gefunden; man vermutet, daß Wilddiebe ihn getötet.

Anhalt. Δ Dessau, 30. Juli. In derselben Zeit, wo großartige Ausstellungen in Berlin und Leipzig und auch die die Harzindustrie recht klar veranschaulichende Gewerbeausstellung in Wernigerode viel Interesse erregten, ist auch eine von dem Anhaltischen Kunstverein hier selbst veranstaltete Gemäldeausstellung von den anhaltinischen Kunstreunden stark besucht worden. Zu den im westelbischen Cyclus herumwandernden Bildern hatte der Vereinsvorstand noch mehrere Werke hervorragender moderner Meister herbeigeschafft. Nur an ernst und großartig concepirten Historienbildern zeigte sich hier derselbe Mangel, der auch in der großen internationalen munichener Kunstausstellung, wenn auch in nicht so auffälliger Weise, bemerkbar wird. Nur auf dem Gebiet der Landschaftsmalerei, zum Theil mit sehr bedeutsam hervorgehobener Staffage, und danach in der Genre- und Architekturmalerie bot die circa 500 Bilder zählende Ausstellung eine Anzahl sehr tüchtiger Leistungen. Es ist möglich, daß gerade diese Einheitigkeit den Wunsch wieder recht energisch anregte, daß doch endlich die vielen Meisterwerke, welche in den herzoglichen Schlössern, namentlich auch in Wörlitz, zerstreut sind, in einem Museum vereinigt und dem kunstliebenden Publikum zugänglicher gemacht werden möchten. An anderen Orten baut man Museen, die sich erst allmählich mit Kunstsärgen füllen, hier in Anhalt ist tatsächlich eine reiche, aber in viele Localitäten zerstreute Sammlung solcher Kunstwerke ersten Ranges vorhanden; aber es fehlt an einem Gebäude, in welchem dieselben in würdevoller und zugleich die Kunststudien fördernder Weise aufgestellt werden könnten.

Freie Städte. Hamburg, 30. Juli. Während in unserer Nachbarstadt Altona die Zollanschlagsbewegung immer lebhafter wird, tritt an Hamburg als unliebstes Beispiel der auch hier auf die Dauer nicht zu vermeidenden Bewegung die Frage des zu zahlenden Zollaversums heran. Dasselbe stellt sich bisher auf 2½ Mill. M., wird aber natürlich für die Zukunft bedeutend höher gegriffen werden müssen; dem Vermuthen nach etwa auf das Dreifache. Da nun der Matricularbeitrag Hamburgs sich nur auf etwa ⅔ Mill. M. stellt, so würde hieraus eine Mehrbelastung des hamburgischen Staates um mehr als 4 Mill. M. resultieren — ein schwerer Schlag für die keineswegs glänzenden Finanzen der Stadt. Trotzdem beginnt schon ein gewisser Rückschlag gegen die Aufregung, von der die leitenden Kreise einige Zeit hindurch ergriffen waren, sich fühlbar machen. Wödringen sich gewisse Kreise noch immer in das vorstädtische Varieté-Theater, in welchem in dem Gelegenheitsstück „Der politische Maurermeister“ der Reichstagabgeordnete Bauer in ebenso unziemlicher als politisch ungestrickter Weise verhöhnt wird; aber die Haltung der angesehenen Blätter beweist, daß die Masse auch des Kaufmannsstandes viel zu einsichtsvoll ist, um in einer feindseligen verbissenen Burleske gegen die Heil Hamburgs finden zu wollen. Insbesondere dürfte jetzt schon feststehen, daß die künftigen hamburgischen Reichstagabgeordneten nicht dem linken Flügel des National-Liberalismus angehören werden. — Morgen treten die Gerichtsferien ein, und hört mit diesem Tage, da dieselben erst mit 1. Oct. endigen, das hanseatische Oberappellationsgericht zu Lübeck auf zu existiren, um dem neuen hanseatischen Oberlandesgericht zu Hamburg Platz zu machen. Von den Mitgliedern jenes alten Gerichtshofes treten mehrere, darunter auch der Vorsitzende, in den Ruhestand. Den Vorstuhl des neuen Oberlandesgerichts, welches in einem zu diesem Gebäude angelaufenen stattlichen Gebäude in unmittelbarer Nähe des Stadttheaters (am Dammtor) seinen Sitz haben wird, führt bekanntlich der fröhliche Senator Dr. Sieveking.

Baier. Aus München vom 31. Juli berichten die Neuesten Nachrichten: „Heute Morgen wurde der ledige Major a. D. Karl v. Train in seiner Wohnung, Herrenstraße Nr. 29 II, ermordet aufgefunden. Der Schreibtisch war erbrochen; ob erhebliche Werthe entwendet sind, ist zur Zeit nicht festgestellt. Die That selbst muß in der Nacht zwischen 9 und 11 Uhr verübt worden sein. Die umfassendsten

Studien zur Ermittlung des Thäters sind im Gange. Nach einer Privatwahrheit wurde der Einwohner, der ein im Leben kräftiger Mann war, mit zerschmettertem Schädel aufgefunden. Derselbe diente früher im 14. Infanterieregiment und war einige Zeit Plazier in Nürnberg.

Österreich-Ungarn.

Über den Orlan, von dem Triest heimgesucht wurde, wird der Presse unter 28. Juli von dort gemeldet: „Gestern Abend 7½ Uhr brach plötzlich auf der Bude ein Orlan aus, welcher in dem hiesigen Hafen bedeutenden Schaden an den Schiffen anrichtete und dem mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Eine Windrose ergriff ein Boot, auf welchem sich der Handelskapitän Lewy, dessen Frau und Tochter, seiner Bruder samt Braut, eine Auverwandte Lewy's und zwei Kinder — im ganzen acht Personen — befanden. Die in der Nähe beim Petroleumbedien des neuen Hafens verankerte norwegische Bark Ristinge sendete sofort Hilfe. Es kamen jedoch nur fünf Personen gerettet werden, während drei Personen (die Frau des Kapitäns, deren Kind und deren Auverwandte) umkamen. Im neuen Hafen Molo Nr. 2 wurde ein Boot mit zwei Männern und zwei Frauen von dem Winde zwischen den englischen Dampfern Ciprian und den Molo gedrückt; ein Mann Namens Rocco wurde zerquetscht, die übrigen Personen wurden gerettet. Das in der Bucht San-Bartolomeo an einer Boje gelegene österreichische Vielego Maria Concella, mit Holzkohlen beladen, ging zu Grunde. Im neuen Hafen sowie an den übrigen Ridas und Molen sind 23 Schiffe mehr oder minder erheblich beschädigt worden. Der Kapitän der österreichischen Brigg Ida sendete die Bemannung zur gemeinschaftlichen Hülfeleistung mit den Piloten an Bord des englischen Dampfers Ciprian ab. Sämtliche Hafenpiloten mit den Commandanten leisteten energische Hülfe.“

Italien.

Die Gazzetta del Popolo in Turin veröffentlicht nachstehende Depesche: „Rom, 26. Juli. An die Regierung sind anonyme Anzeigen von wahrscheinlichen Comploten auf den König während dessen Reise am nächsten Samstag nach Genua eingelaufen. So wenig Bestreiten diese Anzeigen verdienen, so hat der Minister des Innern dennoch die schärfsten und weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln angeordnet.“

Über einen aus Rom gemeldeten Mordversuch eines gewissen Mangione gegen den Bürgermeister von Neapel, Grafen Giusto, enthalten italienische Blätter nachstehende Details: „Mangione war 1872 Friedhofsaufseher in Neapel, wurde aber bald seines Postens enthoben; als Urheber dieser Entlassung meinte er den ehemaligen Bürgermeister von Neapel, Grafen Giusto, hassen und verfolgen zu müssen. Er lauerte diesem am 23. Juli vor dem Albergo di Roma auf, wo der Graf eine Schwester besuchte, und überreichte ihm eine Flugschrift. Der Graf wies die Schrift zurück, für die er keinerlei Interesse habe. Von dem Besuch seiner Schwester lehrte er zu den Freunden im Café di Roma zurück, wo er abgesiegen war, und ging auf sein Zimmer, um die Kosten für die Rückreise nach Neapel zu pausieren. Nach kurzer Zeit kam ein Bediensteter des Hauses und fragte nach der Commission, deren Mitglied Graf Giusto war. Die Freunde eilten rasch in das Haus und fanden hier im Hofraum Mangione, der von zwei Sicherheitsmännern gehalten wurde, im Bureau des Gouvernements, den Grafen Giusto, der von Blut überströmte war. Der Mörder hielt ihn, als er sich nach seinem Zimmer begeben wollte, im Corridor überfallen und einen Messerstich nach seinem Halse geführt. Giusto verlor nicht die Geistesgegenwart und suchte seinen Angreifer zu entwaffnen; ein sichtliches Bluterguss begann; zweimal stürzten die beiden zur Erde und erhoben sich wieder; bei einem dieser Fälle brach glücklicherweise die Messer spitze. Die zehn Verwundungen des Grafen sind nicht tödlich. Das erste, was Graf Giusto thut, nachdem seine Wunden verbunden waren, daß er an seine Mutter, eine fünfzigjährige Greisin, schrieb, um sie über sein Schicksal zu beruhigen.“

Frankreich.

* Paris, 30. Juli. Die Deputiertenkammer berieb gestern zuerst über die Abtragung der Ruinen der Tuilerien. Haushmann, der bekannte Seinepräfekt des Kaiserreichs, bekämpft den Antrag und versichert, ohne alle politischen Hintergedanken zu sprechen. (Lärm links.) Als Mitglied der Académie der schönen Künste wolle er nur bemerken, daß der Palast ein Meisterwerk sei und in der Achse der Elysäischen Felder einen durchaus notwendigen Abschluß bilde. Wenn man nichts zwischen die beiden Pavillons der Tuilerien stelle, so würde die Perspective eine lästige sein. Wenn man die Tuilerien einfach niederringe, so werde man genötigt sein, später an der Stelle ein Gebäude zu errichten. Dazu würde der verlangte Credit von 400000 Frs. übrigens nicht ausreichen; man werde

über eine Million nötig haben. Broult (der Antragsteller) antwortete, Haushmann zeige für die Erhaltung und die Perspective eine Liebe, die er nicht immer an den Tag gelegt. (Haushmann hat bekanntlich bald Paris vernichtet, und die schönen Paläste handeln keine Gnade vor ihm, wenn es sich darum handelt, einen breiten und langen Boulevard zu schaffen; besonders als er die Hand an den Luxembourg und dessen Garten gelegt.) Wenn man heute die Centraltuilerien herstellt, so würde es unmöglich sein, sie mit den Pavillons Flore und Marsan im Einlaß zu bringen, und man müßte neue Gebäude errichten. Einzweilen handle es sich nur um das Hinwegräumen der Tuilerien, dessen Consequenz die Errichtung eines Gartens sei. René Brie spricht sich für die Wiederherstellung der Tuilerien aus, die ein Meisterwerk seien. Nach den Aussprüchen sachverständiger Männer sei die Wiederherstellung sehr leicht. Man habe die Ruinen acht Jahre stehen lassen und es sei kein Grund vorhanden, heute so eilig und ohne ernsthafte Prüfung vorgezugehen. Clémenceau ist für die Abtragung der Tuilerien. Für Paris und Frankreich sei es dringlich notwendig, diese Ruinen zu beseitigen. Der Gesetzentwurf (Niederreihe der Tuilerien) wird hierauf mit 249 gegen 106 Stimmen angenommen.

Dem Senat stand doch die Angriffe der liberalen Organe gegen die von Jules Simon geführte Commission zu Herzen gegangen; denn die neue Commission, welche gestern zur Untersuchung des zweiten großen Herryschen Gesetzes betreffs der Reorganisation des höheren Unterrichtsrates gewählt wurde, zählte auf neun Mitglieder nicht weniger als sieben, welche dem Gesetzentwurf günstig sind. Die vereinigte Rechte und links Centrum haben nur zwei Mitglieder hinzubringen können, Désol und Laboulaye.

Im Senat beschäftigte man sich mit einem Gesetzentwurf betreffs die Lehrerinnenseminare, welcher auch auf diesem Gebiete den Einfluß der Congregations zu bekämpfen sucht. Dr. Chasselot erfreute sich für die christliche Erziehung des Weibes, und da ihm der Freudenauer Scheuer-Reitner zufiel: „Unsere Frauen nehmen es noch mit Ihnen auf!“ entgegnete der klerikale Wortführer: „Wir wollen nur unsere Frauen erhalten, wie sie jetzt sind, gestärkt in ihrer Sitte durch den Glauben!“ Zu einem Beschlusse über die Vorlage ist man noch nicht gelangt.

Bor zwei Tagen überreichte der hiesige päpstliche Ministrus Jules Simon ein Schreiben des Papstes, worin derselbe ihn wegen seines Einschreitens für die Unterrichtsfreiheit beglückwünscht.

Der Gemeinderath von Paris hat beschlossen, einer größeren Reihe von Strafen andere Namen zu geben. Die neuen Namen der hauptsächlichsten sind: Avenue Hoche (bisher Rue de l'Orléans), Avenue Marceau (Avenue Josephine), Avenue Kleber (Rue de Rome), Rue de la Convention (Rue du Dauphin), Rue Lincoln (Rue Saint-Arnaud), Rue Valette (Rue Fontanes), Rue B. Louis Courier (Rue du Frère Philippe), Rue Charon (Rue Villaut), Rue Gutenberg (Rue Bonaparte), Rue de Brotie (Rue Abbatiucc), Rue de Coulmiers (Rue Cambacérès), Rue Rouget-de-l'Isle (Rue d'Albe), Boulevard Etienne-Marcel (Boulevard Haussmann), Rue Beaurepaire (Rue Magellan), Rue Antoinette (Rue Marie-Antoinette) etc.

Ungefähr der Umtaufung von Straßennamen erinnert jemand an die ähnlichen Thoheiten, die während der Revolution von 1793 vorkamen. Damals wähnte man gegen die Namen der Heiligen und sagte Rue Saint-Antoine, Rue Saint-Honoré etc. Rue Antoine, Rue Honoré etc. Darauf hin empfahl ein Wohlwollen, den Königstor im Jardin des Plantes fortan nicht Tigre royal, sondern Tigre national zu benennen.

Der Minister des Unterrichts und der schönen Künste hat in der Deputiertenkammer soeben einen wichtigen Gesetzentwurf betreffend den Schutz des künstlerischen Eigentums eingebracht. Derselbe entspricht im wesentlichen den auf den literarischen Congressen von Paris und London geäußerten Wünschen und lautet:

Art. 1. Das künstlerische Eigentum besteht in dem ausschließlichen Rechte der Wiedergabe, Ausführung und Darstellung. Niemand darf das Werk des Künstlers ohne seine Zustimmung ganz odertheilweise wiedergeben, ausführen oder darstellen, welches auch die Natur und die Bedeutung des Werkes sowie die Art der Wiedergabe, Ausführung oder Darstellung sein mögen. Diese Bestimmungen greifen indessen nicht die Wiedergabe photographischer Werke nicht platz. Art. 2. Das Recht der Wiedergabe, Ausführung oder Darstellung gehört dem Künstler, solange er lebt, und durch 50 Jahre nach seinem Tode seinem überlebenden Gatten, seinen Erben und Rechtsnachfolgern an. Art. 3. Die Veräußerung eines der Zeichenkunst angehörenden Werkes zieht nicht von selbst und ohne besondere Absrede die Veräußerung des Rechtes der Wiedergabe nach sich. Nur bei einem auf Bestellung gesetzten Porträt ist auch das Recht der Wiedergabe so ipso mit veräußert. Art. 4. Die Veräußerung des Rechtes der Veröffentlichung musikalischer Werke zieht noch nicht von selbst die Veräußerung des Rechtes der Execution und Darstellung nach sich und umgekehrt. Art. 5. Der Autor eines Kunstwerkes oder seine Rechtsnachfolger dürfen, um ihr Recht der Wiedergabe auszuüben, den Eigentümer dieses Werkes nicht in

seinem Besitz hören. Art. 6. Der unerlaubten Nachbildung (contrefaçon) werden gleichgestellt: 1) Die Wiedergabe oder Nachahmung eines Kunstwerkes durch eine andere Kunst, ohne Unterschied des dabei angewandten Verfahrens oder Stiles; 2) die Wiedergabe oder Nachahmung eines Kunstwerkes durch die Industrie; 3) alle Transcriptionen und Arrangements musikalischer Werke ohne Erlaubnis des Autors oder seiner Rechtsnachfolger. Art. 7. Wer sich den Namen eines Künstlers wirtschaftlich annimmt und ihn betrüglich auf einem Kunstwerk, dessen Autor er nicht ist, erscheinen läßt, wer seine Unterschrift oder sonstiges Abzeichen betrüglich nachahmt, wird mit Gefängnis von wenigstens einem und höchstens fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 16—5000 Frs. oder nur mit einer dicker belber Strafe belegt. Denfalls Strafe verstellt, wer fälschlich mit dem Namen des Künstlers oder dem Abzeichen eines Künstlers verschiedene Kunstwerke wirtschaftlich auf dem Markt bringt, heißtt, oder auf französisches Gebiet einschlägt. Der Art. 463 des Strafgesetzes (Auflösung militärischer Umstände) findet auf dieses Gesetz Anwendung. Art. 8. Alle ältere Bestimmungen, welche nicht diesem Gesetz zusätzlichen, bleiben in Kraft.

„Prinz Bérdy“ bedeutet das Kaiserreich, das ist der Inhalt eines bemerkenswerten Artikels, welchen der Docteur das Organ Bouvier's und darum das unzweckhaften erste unter den imperialistischen Blättern, veröffentlicht. Das Blatt hatte sich, wie es auch zu Anfang dieses Artikels sagt, in der Successionsfrage bisher vorsichtig zurückgehalten, selbst auf die Gefahr hin, daß sein Schweigen im Sinne der Gegner des Prinzen Bérdy Napoleon, namentlich die holländische Cassagnac, gedient werden würde. Jetzt nimmt es definitive Stellung, und da man weiß, wie eng der ehemalige Kiekster Bouvier mit dem Hofe von Thüringen steht, so darf seine Parole auch als mit Übereinstimmung der Kaiserin Eugenie ausgegeben gelten. Es heißtt in dem „A l'oeuvre“ („Ans Werk“) überschriebenen Artikel:

... Ist schon die Übertragung der Herrschaft nach dem Prinzip der Erblichkeit schwierig, wenn sie sich am Ende einer römischen Herrschaft und in der Sicherheit voller Macht auf dem Throne vollzieht — die durchkreuzten Plane, die verschiedenen Einflüsse, der gekräuselte Ehrgeiz tragen eine gewisse Lage her, welche die am festesten geglaubten Monarchen erschüttern kann — so ist dies mit weit größerem Gewunde der Fall, wenn eine solche Übertragung einer besieгten Partei obliegt und die Ergebenheit und Treue aller auf die Probe stellt. Aus dieser Prüfung ist indessen die bonapartistische Partei klarer, unverschämter und freikörperlicher hervorgegangen, als sie es jemals gewesen ist. Unter Danck möge zunächst dem Kaiser Napoleon III. gelten; seiner Vorsorge verdanken wir es, daß wir heute nach dem Schlag, welcher die kaiserliche Familie soeben betroffen hat, unter unsrer Führen den Boden finden, auf welchem eine im voraus von der Verfassung geregelte und von dem Volke in voller Freiheit feierlich bestätigte Erblichkeit besteht. Wir zweifeln in der That, daß ein Volk bei seinem Abstimmungen jemals eine vollständigere Freiheit genossen hat, als im Jahre 1870, und daß es jemals in der Presse und im Verhandlungsrecht wirksamere Mittel gefunden hat, sich über seine Beschlüsse Auskunft zu geben. Wenn es uns gestattet sein wird, später den Einfluß der Prüfung, welche Gott uns aufsetzt hat, zu beurtheilen, so werden wir sicher erkennen, daß er würdig dazu beigetragen, im Herzen des Volkes das dynastische Gefühl zu stärken, welches die überzeugigen Theoretiker von der plebejischen Doctrin manchmal erklitten oder verbuntet hatten. Niemals ist die imperialistische Doctrin, welche in den «Estatutes» von dem unter dem Namen „Patients“ sich verborgenden Politiker (bekanntlich hatte Emile Olivier unter diesem Pseudonym die Sache des Prinzen Bérdy vertheidigt. D. W.) so glänzend vertreten worden ist, klarer, prächtiger und eindrucksvoller erschienen. Sollten wir in diesen Eröffnungsverschwendungen, welche sich einen Moment gezeigt haben, verborgen wollen? — man kennt uns gern, um zu wissen, daß wir keiner Widerspruch noch Polemik führen, ja, wir haben ohne Zweifel ein Schloß vor uns, eine unbekannte Doctrin, welche das Kaiserreich zu einer leeren Formel, zu einer etielen Abstraction reduciren und uns dahin bringen würde, bis zu glänzigerer Gelegenheit einen Niemand (personne) zum Kaiser zu erheben; aber, Gott sei Dank, begegnen wir bedeutenden Widerhören unter denen, die das Erbrecht des Prinzen Bérdy Napoleon war nicht bestreiten, aber, Gott sei Dank, darüber keinen Inventar zu accptieren, und welche nicht ärgern, ihm Bedingungen zu stellen. Diese Beschränkungen, diese Vorhalte, diese bedingungswise Hülfe sind einer ausführlichen Discussion wert, da sie von ehrigst conservativer Überzeugung inspiriert werden, welche die Ehre, die Stärke der bonapartistischen Partei sind, und welche aufzugeben wir die legen sein würden. Auf diesen Boden in der That wollen wir uns stellen. Unermüdlicher Parteidräger des Kaiserreiches, überzeugt, daß es die einzige regelmäßige und fortschreitende Form der Demokratie ist, daß die Napoleonische Idee nur der Inbegriff der Vollstrekte und der sozialen Erfordernisse des Autoritätsprincips ist, treu der demokratischen Politik, welche wir immer vertheidigt, welcher wir immer gedient haben, haben wir nur einen Ehrgeiz: um dieses Blatt alle biejenigen zu scharen, welche auf dem dynastischen Gebiete die Traditionen Napoleon I. und Napoleons III. wieder aufnehmen wollen, deren Werk nicht untergegangen ist und deren Ambition das Volk segnet.

Aus Paris vom 30. Juli wird der Post berichtet: „Zu den Manövern in Deutschland sind kommandiert worden: Generalmajor de Kerhus, Oberst Haillat vom Generalstab, Kapitän Merxian von der Artillerie, Kapitän de Batna von den Jägern und die beiden Militärräte bei der Botschaft in Berlin, Graf de Sébastien und de Serre. Die Revue und die Vertheilung neuer Fahnen an die Armeen ist auf den 21. Sept. angesetzt und wird wahrscheinlich im Polygon von Vincennes stattfinden. — Von Rom wird gemeldet, daß der Papst eine Encyclique gegen die Herryschen Gesetze vorbereitet.“

„Die anfangt du Franzosen worden. Bismarck spielt Gevornheit ihrer Gattin, jene Absicht diesen schwinden wird an wichtig zu

Die der Unruhen Reichen promovieren mögen: Die beauftragt, wie den Sommer erledigt ist. Glasenbach willig, die Bischöfe hörten, die Kaiserliche Pläne nehmen, bestätigt die Kindheit, Sache und die Aktionen nach Rechte an. Auf

Aus der Neu-gouvernement verabschiedet lehrt a. Bischöfere Gitterung Höhe erreicht. Beleidigung Papiergetreidestadt von Zeit. Am marken a. Schatz bis Grenze, dann fein zusammen Leisberg. Dort war geldes. Sind verh. über den nehmenden bauern, bald, wie sie liegen. men, weil als Lade russischen nicht auf polnischen nicht auf schweidischen. Vom Ebb. Berghaltspunkt hau. Kerze, Nehmen, lassen zu gierung, noch keine Befreiungsschule wünschen füllt oder müssen werden.

ausf. von hat mit scheitender Blätter d.

Die Berliner Gebiete der Großen. Herr Mitglieder von Serbie die Ehre, vorzutragen. Hölzner von

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris: „Die anerkennende Bezeichnung der letzten Truppenstaff durch die deutschen Zeitungen ist von den Franzosen mit dem höchsten Misstrauen aufgenommen worden. Sie wittern hinter den Vobeserhebungen Bismarck'sche Inspirationen und Manöver. Der preußische Generalstab hat die Absicht, seine Artillerie zu vernichten; also gilt es, die französische Artillerie in ihrer Güte und Geschicklichkeit herauszustreichen, um jene Absicht durchzusetzen. Heute schlägt sich das Pays diesen schon anderswo ausgeprägten Ansichten an und wortet die Regierung auf das Wohlgefallen Deutschlands an den französischen Werken irgendwelches Gewicht zu legen.“

Belgien.

Die Rede, mit welcher der Doctor Magnusius der Universität Löwen, Namèche, die Herren Peter Reitversperger und Windthorst zu Doctoren promoviert, lautete (nach der „Germania“) folgendermaßen:

„Die heutige Stunde gewährt uns eine lange ersehnte Veranlassung, öffentlich zu befinden, mit welch inniger Liebe wir den Katholiken Deutschlands zugewandt sind, mit welcher Bewunderung wir auf ihren Stand, ihre Ausbauer, und unerschütterliche Geduld im Kampfe für die Wahrheit des Glaubens und die Rechte der Kirche hinklicken, wie sehrlich wir endlich können einen nahen Frieden von Gott dem Allmächtigen erbitten und ersuchen! Darum ergriffen wir willigst die uns heutige Gelegenheit, von dem Katholiken Deutschlands ein untrügliches Pfand unserer Liebe und Verehrung zu geben: wir nehmen hiermit im Einverständnis mit den juristischen Fachleuten die erlauchten Männer Peter Reitversperger und Windthorst, die unerschrockenen Verfechter der katholischen Sache und der kirchlichen Freiheit, freudig in den Schoss dieses Alma Mater auf und kreieren und proklamieren die selben nach altem Brauche honoris causa zu Doctoren der Rechte an unserer katholischen Universität Löwen.“

Auf die demonstrative Bedeutung der Rede braucht kaum aufmerksam gemacht zu werden.

Rußland.

Aus Petersburg vom 22. Juli schreibt man der Neuen Preußischen Zeitung: „Der Generalgouverneur von Tschita, Fürst Dolgoruky, hat sich veranlaßt gesehen, die sämmtlichen jüdischen Pfandlehrer aus Tschita auszuweisen. Sie hatten sich Beträgereien zu Schulden kommen lassen, und die Exkommunikation des Publikums gegen dieselben hat eine solche Höhe erreicht, daß die Ausweisung selbst für ihre Sicherheit wohlbewilligt wurde. Täglich berichten die Zeitungen von Verbrechen politischer Juden. Falsches Papiergele, falsche Convents, falsche Postmarken werden mehr von ihnen hergestellt und verbreitet. Vor kurzer Zeit kam man einer Fabrik falscher russischer Postmarken auf die Spur, welche ein russischer Jude, Schaps Zuckerbaum, in Galizien, unsern der russischen Grenze, errichtet hatte. Die Falsifizate ließ er seinem Vater, Peter Zuckerbaum zu Ostrow, zusammen, welcher sie weiter verbreitete. Auch in Tschita wurden falsche russische Postmarken hergestellt. Dort war auch eine Fabrik falschen russischen Papiergele. Die Fälscher, unter ihnen Schaps Zuckerbaum, sind verhaftet. Auch in Sibirien liegt man bereits über den schlimmen Einfluß der dort sehr überhand nehmenden jüdischen Bevölkerung. Die dorthin verbannten jüdischen Betrüger, Fälscher &c. entdeckt sehr bald, wie die sibirische Bevölkerung auszubauen wäre; sie ließen unbescholtene Freunde und Verwandte kommen, welche sich dort etablierten und die Verbannten als Ladendienner aufnahmen. Der Widerwillen des russischen gemeinen Mannes gegen die Juden beruht nicht auf religiöser Abneigung. Er wird jedoch vom polnischen Juden in solcher Weise ausgebeutet, daß seine Ettwittung groß ist. Es ist hier etwa dasselbe Geschäft wie in Rumänien. Nehmen wir etwa ein paar hundert Israeliten aus, welche als Gelehrte, Aerzte, Staatsbeamte &c. eine geachtete Stellung einnehmen, so scheinen die andern nicht vom Schachet lassen zu können. Die Versuche der russischen Regierung, die Juden zu emanzipieren, haben bisher noch keinen Erfolg gehabt. Heute tragt die allgemeine Wehrpflicht dazu bei, ihnen eine gewisse Bildung wünschenswerth zu machen. Sollen ihre Söhne nicht fünf oder sechs Jahre als gemeinsche Soldaten dienen, so müssen sie auf einer höhern Lehranstalt erzogen werden. Die jungen Juden strömen daher den Gymnasien und Universitäten zu. Auf die russische Presse hat mit Ausnahme einer in französischer Sprache erscheinenden Zeitung und einiger speziell hebräischer Blätter das jüdische Element noch keinen Einfluss.“

Donaufürstenthämer.

Die mohammedanischen Bewohner der durch den Berliner Vertrag an Serbien abgetretenen türkischen Gebiete haben folgendes Schreiben an die Vertreter der Grossmächte in Konstantinopel gerichtet:

„Herr Botschafter! Wir unterzeichnete Botschaende und Mitglieder des von den mohammedanischen Einwohnern der von Serbien einverlebten Gebiete beauftragten Comite haben die Ehre, Ew. Exz. ehrfurchtswoll nachstehende Thatsachen vorzutragen. Unsere Auftraggeber und wir selbst sind Eigentümler von Gütern verschiedener Art, Häusern, Kaufhäusern,

Gärten, gebauten Feldern, Weiden &c., welche in den alten Arrondissements von Niš, Šapči (Pirot), Rascostcha, Brusni, Topu, Kucumli und Alpalana liegen, die gegenwärtig an das Hochthum Serbien abgetreten sind. Durch Schu Gottes ist unser Eigentum von den Verwüstungen des letzten Krieges verschont geblieben; als der Fried geschlossen war, erwarteten wir daher, trotzdem unser Gebiet nicht mehr osmanisches Gebiet war, daß wir ruhig im Genuss dessen bleiben würden, was uns gehörte. Thatsächlich bestimmten Art. 25 und 29 des Berliner Vertrags, daß in den abgetretenen Gebieten Mohammedaner und Christen gleiche bürgerliche und politische Rechte genießen und freie Verfügung über ihre Mobilien und Immobilien behalten sollen. Außer den Bestimmungen des Berliner Friedens schlägt das bei allen civilisierten Nationen geltende Völkerrecht das Privateigentum und bewahrt es in Friedenszeit vor jeder willkürlichen Beschlagnahme. Ach!

Der Berliner Vertrag und die Grundsätze des Völkerrechts erwiesen sich ohnmächtig, uns zu schützen. Kaum waren die osmanischen Behörden fort und die serbische Regierung im Besitz ihres neuen Gebiets, als die serbischen Behörden das thaten, was weder der Bürgerkrieg noch die russischen Truppen gethan, indem sie nach Luf und Lide unsere Läden und Arbeitsstätte, unsere Werkzeuge, Sämter, unsere noch auf dem Palme befindlichen oder bereit eingehauenen Centen beschlagnahmten, sich unserer Häuser und landwirtschaftlichen Gebäude bemächtigten, mit einem Worte, sich wie Feinde in Heimatland benahmen. Alle Beschwerden, welche wir bis heute wegen dieser Verwüstungen an die serbische Regierung richteten, blieben erfolglos. Unter solchen Umständen bleibt uns nichts anderes übrig, als uns an die Signatarmäthe des Berliner Friedens, welche für seine Ausführung Vorschrift übernommen haben, zu wenden, um dieselben um ihren hohen Schutz für das zu unserm Schaden verletzte Recht zu bitten. Wir richten ein gleiches Ansuchen an Se. Exz. den Großvezir und die Vertreter der übrigen Signatarmäthe des Berliner Friedens und bitten Ew. Exz., sich mit Ihren Collegen zu vereinigen, damit eine internationale Commission eingesetzt werde, welche die Begründung unserer Beschwerden untersuchen und uns Erfahrt für den erlittenen Schaden verschaffen möge. Zu gleicher Zeit bitten wir unterthänigst darum, daß die Mächte bei der fürstlich serbischen Regierung dahin wirken mögen, daß dieselbe uns auf Grund der von der Commission festgesetzten Bestimmung für die Vergangenheit entschädige und uns für die Zukunft in dem freien Genuss unser Eigentums belasse, gemäß den Grundsätzen des Völkerrechts, die noch ausdrücklich geheiligt sind durch den Berliner Vertrag, welchem Serbien das Gebiet verdankt, auf dem unser Gebiet liegt. Wir haben die Ehre, Herr Botschafter, zu sein Ew. Exz. unterthänigste und gehorsamste Diener. (Folgen 21 Unterschriften.)

Wie die Kölnische Zeitung erfährt, haben einige Grossmächte ihren Vertretern in Belgrad von dieser Beschwerde Kenntniß gegeben und sie angewiesen, die serbische Regierung auf dieselbe aufmerksam zu machen.

Türkei.

Der Politischen Correspondenz schreibt man aus Konstantinopel: „Die Ernennung Karifi-Pascha's zum Premierminister erfährt hier die Dentung, daß der Sultan an dem bisherigen Modus persönlicher Regierung festzuhalten entschlossen sei. Die Aufnahme Sadet-Pascha's in das neue Cabinet sei aus Rücksicht auf die gute Meinung der europäischen Mächte erfolgt, und vielfach werde die Anschauung laut, daß mit der Ankunft Sadet-Pascha's (welche für nächsten Sonntag erwartet wird) das Großvezirat wiederhergestellt und ihm übertragen werden dürfte. Der Umstand, daß kein einziges Mitglied des neuen Cabinets einer christlichen Confession angehört, wird in der türkischen Hauptstadt vielfach glosst.“ Werner meldet man der Politischen Correspondenz über die erfolgte Einigung der Pforte und der Botschafter Frankreichs und Englands in Rücksicht der Textur des Investitur-Hermans für den gegenwärtigen Schéïde: „Der Herman spricht die provisorische Erneuerung der Privilegien des Hermans vom Jahre 1873 aus, insbesondere der direkten Erbsfolge und des Rechts zu selbständiger Abschluß internationaler Verträge, welche letztere vom Schéïde amlich der Pforte bekannt zu geben sind, jedoch ohne daß letztere ein Recht der Einsprache besäße, es wäre denn, daß der Inhalt in einem Widerspruch zu den zwischen der Pforte und den Mächten schon existierenden Verträgen stände, oder daß durch die Stipulation den Hoheitsrechten des Sultans Eintrag geschehe. Von diesen beiden Fällen (die freilich sehr vielwegen sind) abgesehen, begibt sich die Pforte jedes Widerspruches. Der Schéïde wird ferner ermächtigt, zum Zweck der Tilgung der gegenwärtigen ägyptischen Staatschulden Anleihen selbständig abzuschließen; andere als zu dem eben genannten Zweck zu contrahirende Anleihen werden an die Zustimmung der Pforte gebunden sein. Einige Privilegien von unerheblicher und theilweise ganz unterordneter Bedeutung, darunter das Recht der Verleihung gewisser militärischer Grade und der Erteilung von Auszeichnungen, wurden entweder modifiziert oder ganz aufgehoben. Der Herman wird vor dessen Abwendung nach Ägypten den Berliner Signatarmächten mitgetheilt werden. Die Abwendung an den Schéïde wird durch einen Specialauctorität erfolgen.“

— Die „Presse“ schreibt: „Nur wenigen dürfte es bekannt sein, daß der neue türkische Ministerpräsident Karifi-Pascha, der vom December 1875 bis zum Juni 1876 als türkischer Botschafter in Wien fungierte, ein Kenner und Verehrer der deutschen Sprache und Literatur ist. Während seines hiesigen Aufenthaltes

las er täglich die wienet Blätter ohne jegliche Zuhilfenahme eines Dolmetschers und in seiner Privatbibliothek fanden sich sämmtliche modernen deutschen Classiker vor. Karifi-Pascha gilt auch als ein großer Gelehrter und seine türkische Uebertragung von Michaud's „Geschichte der Kreuzzüge“, die in Konstantinopel unter dem Titel „Tarihi Elissalih“ erschien ist, hat großes Aufsehen in der orientalischen Gelehrtenwelt gemacht. Eine besondere Eigenhümlichkeit des neuen Ministerpräsidenten ist, daß er sehr gern Selbstgelehrten zu sich nimmt und sein Arbeitsstisch war daher oft mit zahlreichen Gläsern, die eingesottene Früchte enthielten, bedeckt. Als er am 30. Mai 1876, mittags 1/2 Uhr, die Depesche aus Konstantinopel erhielt, daß sein Souverän und Wohlthäter Abd ul-Aziz in der Nacht vorher entthron worden sei, war sein Erstes, schleunigst ein Glas mit Marillencompost bis auf den Grund zu leeren.“

— Aus Konstantinopel wird der Allgemeinen Correspondenz gewendet: „Der Sultan hat die nachstehenden gerichtlichen Reformen ratifizirt, welche ihm durch Said-Pascha unterbreitet worden sind:

1) Die Tribunale sind bevoilkmächtigt direct die Bittschriften entgegenzunehmen, welche sich auf Reclamationen in Civilangelegenheiten beziehen. Bisher konnten die Tribunale nur über Gesetze entscheiden, welche ihnen durch die Verwaltungsbehörden übermittelt worden, wodurch die Tribunale von jenen Behörden abhängig wurden. 2) Die Tribunale ersten Instanztheilen sich in zwei Kammer, die Civil- und die Strafkammer. Ein Vertreter des Procurators fungirt in denselben als öffentlicher Ankläger. Der bisherige Mangel eines solchen brachte den Nachteil mit sich, daß die Tribunale Richter und Verteidiger zugleich waren. 3) Die Vollziehung der Urtheile in Civilsachen fällt einer Commission anheim, die nach jedem Tribunal ersten Instanz, unter der Controle des Tribunalpräsidenten ernannt wird, welcher die Einstüsse und Feststellung, denen die Executionscommission bisher ausgesetzt war, zu verhindern hat. 4) Die Vollziehung der Urtheile in Strafsachen, welche bisher vom Polizeiminister und den höheren Verwaltungsbehörden ausging, ist dem Justizminister übertragen, der durch die Delegare der Generalprocuratoren handelt. 5) Ein sämmtliches Vilajets ist ein Inspector der Tribunale ernannt worden, mit ausgedehnten Vollmachten, welche im vorerwähnten Gegeg. für die gerichtliche Organisation angeführt sind. 6) Es werden Generalprocuratoren und Vertreter der Procuratoren ernannt werden; ferner Appellhöfe und Tribunale ersten Instanz von Konstantinopel und den Hauptstädten der Ebad und Vilajets, welche ihre Funktionen unter der Controle eines einzigen Chefs ausüben, welcher der Generalprocurator am Cassationshofe ist. Diese Funktionen sind genau bestimmt durch das Gegeg. über die Organisation der Tribunale und durch das Criminalinstructionsgegeg. 7) Den Christen wird eine größere Beteiligung an der Magistratur zugesichert. 8) Ein Criminalinstructionsgegeg. und ein neuer Code für das Strafverfahren werden veröffentlicht werden. 9) Die Gerichtsgebühren werden durch die Fiscalsagenten eingezogen, nach einem neuen Rechtsgebührentarif. 10) Die Verwaltung der Gefängnisse und anderer ähnlicher Anstalten wird dem Justizminister übertragen. 11) Eine Schule für die Rechtsgeschäftsamtkeit wird in den Hauptstädten errichtet. Diejenigen, welche ihre Studien vollendet und Diplome erhalten haben, werden in der Magistratur angestellt werden.“

Königreich Sachsen.

— Dresden, 30. Juli. Die Einrichtung des Vollzugsamtes für die Stadt Dresden ist nun gezeigt, nachdem der Stadtrath sich mit dem Vorschlage der Stadtverordneten einverstanden erklärt hat, daß die drei Vollstreckungsbeamten mit festen Jahresgehalten von 2400 M. für den ersten Beamten und 1800 M. für die beiden andern angestellt, dagegen denselben Bekleidungsgeld, Gebühren &c. nicht gewährt werden sollen. Der Rath beschloß, auch dem Verlangen der Stadtverordneten, daß ihnen die für die Vollstreckungsbeamten anzuarbeitenden Instructionen mitgetheilt werden, stattzugeben, behielt sich jedoch die anderweitige Regulirung des Vollstreckungswesens nach Verlauf eines Jahres vor. Im Jahre 1872 hat eine hiesige Wohlthäterin eine ansehnliche Stiftung zur Unterstützung ehrenwerther Mädchen gemacht. Bei der Annahme, daß ein alleinstehendes Mädchen mit 120 Thlr. jährlich gegen drückende Notth geschildigt ist, ist eine Unterstützung in dieser Höhe angenommen, und zwar so, daß z. B. bei 40 Thlr. Einkommen der Zusatz 80 Thlr. beträgt, die volle Summe dagegen nur diejenige erhält, die trotz aller Thätigkeit nichts zu ersparen vermochte. Wegen der großen Zahl der Bewerberinnen beschloß nun der Rath im Einverständnisse mit der Stifterin, daß es ihm überlassen werde, die Unterstützung auf einen geringern Betrag, jedoch nicht unter 200 M. jährlich, zu benennen. Nachdem das neue Justizgebäude in der Pirnaischen Vorstadt so weit fertig ist, daß dessen Bezug am 1. Oct. erfolgen wird, soll nur die Apsisfassung der dasselbe umgebenden Straßenseite erfolgen und wie das Justizministerium bei dem Stadtrath vorstellig geworden, daß derselbe die Pillnitzer Straße und die herzuftellende neue Straße an der Westseite des Justizgebäudes in der Länge derselben mit Holz oder Asphalt belegen lassen möge, wogegen sich das Ministerium erbat, dazu einen Beitrag zu leisten. Der Rath trägt jedoch mit Rücksicht auf die absäßige Begutachung des Projects durch den städtischen Oberingenieur Max Bedenken,

